
Dokumentation

Eine historische Randglosse zur aktuellen Organisationsdebatte im Deutschen Gewerkschaftsbund

Die seit einiger Zeit geführte Diskussion über die Reform des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist nicht neu. Satzungs- und Organisationsdebatten begleiten den DGB seit seiner Gründung und gehören, blickt man auf die Gesamtgeschichte der deutschen Gewerkschaften zurück, zur immer wieder angestimmten Leitmelodie, wenn sich der innergewerkschaftliche Unmut über Führungsstrukturen und die Trägheit der Gewerkschaftsbewegung Luft verschafft.

Daß manches von dem, was heute die Gemüter erhitzt, auch schon vor rund dreißig Jahren thematisiert wurde, dokumentiert der folgende Brief.¹ Sein Verfasser ist Siegfried („Siggi“) Neumann, der nach dem Zweiten Weltkrieg in verschiedenen Funktionen die Gewerkschaftsentwicklung beeinflusste und mitgestaltete. Der 1907 geborene Verlagsbuchhändler war vor 1933 Mitglied der KPD gewesen, aus der er 1934 als „Versöhnler“ ausgeschlossen wurde. In der Emigrationszeit schloß er sich der KPD an, nahm am Spanischen Bürgerkrieg teil und war ab 1938 Mitarbeiter der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland und dem Eintritt in die SPD (1946) leitete er zunächst deren Ostbüro, bevor er 1947 das Betriebsgruppenreferat beim sozialdemokratischen Parteivorstand übernahm. In dieser Position knüpfte Neumann zahlreiche Kontakte zu führenden Gewerkschaftern, namentlich in der IG Metall, wo er zu den engsten Vertrauten von Otto Brenner gehörte. Nach seinem Ausscheiden aus dem Betriebsgruppenreferat im Frühjahr 1954 wechselte er zum Hauptvorstand der IG Metall nach Frankfurt. Bis zu seinem Tod im Jahre 1960 zählte er zu den Gewerkschaftsintellektuellen, die relativ selten in der Öffentlichkeit auftraten, dafür aber hinter den Kulissen erheblichen Einfluß hatten.

Neumanns Brief an Georg Leber, damals Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden, wurde unmittelbar nach dem 5. ordentlichen Bundeskongreß des DGB verfaßt, der vom 7. bis 12. September 1959 in Stuttgart tagte.² Auf diesem Kongreß hatte Leber mit einem zehnmütigen Diskussionsbeitrag zum organisatorischen Zustand des DGB großes Aufsehen erregt, weil er sich ziemlich unverblümt und noch dazu öffentlich über die Schwächen des Dachverbandes ausließ.³ Leber war 1957 im Alter von erst 37

Jahren an die Spitze seines Verbandes gerückt, in dem er eine Blitzkarriere absolviert hatte. Er galt als ein ebenso zupackender wie unbequemer Vertreter einer neuen Funktionärgeneration, die gegen den hausbackenen Führungsstil im DGB opponierte und sich zugleich auch parteipolitisch stark profilierte. Seine Attacke auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß, von einem Debattenredner spöttisch als „Husarenritt gegen Windmühlenflügel“ bezeichnet,⁴ war jedenfalls einer der wenigen Höhepunkte in dem ansonsten „außerordentlich müde“ ablaufenden Tagungsgeschehen.⁵ Ob Neumann mit seinem Brief Leber zu weiteren Reformvorstößen in der Organisationsdebatte anstacheln wollte, sei dahingestellt. Leber reagierte auf das lange Schreiben mit einigen nichtssagenden Floskeln und entzog sich einer inhaltlichen Stellungnahme. Der von ihm auf dem Stuttgarter Kongreß ins Wasser geworfene Stein ließ nur einige kleine Wellen auf schwappen, bevor er spurlos versank.

Klaus Schönhoven,
Mannheim

Dokument: Schreiben von Siggi Neumann an Georg Leber

Frankfurt/M., am 23. September 1959

Lieber Georg Leber!

Nun sind fast 14 Tage seit dem Stuttgarter Kongreß vergangen. Wenn ich Dir also heute diesen sehr offenen Brief schreibe, so geschieht das also nicht in spontaner Reaktion, sondern nach reiflicher Überlegung. Der Anlaß ist natürlich Deine Diskussionsrede. Wie sicher die meisten Teilnehmer des Kongresses, die diese gehört haben, war auch ich hochofret, daß da einer die Courage hatte, sozusagen frisch von der Leber weg zu sprechen. Dein Diskussionsbeitrag wirkte deshalb so erfrischend, weil die ersten drei Tage dieses Kongresses, wie bei kaum einem anderen DGB-Kongreß zuvor, tödlich langweilig abgelaufen waren. Die monotone und inhaltlose Eröffnungsrede von Willi Richter und die meist ebenso eintönigen Berichte der Vorstandsmitglieder konnten ein-

1 Das Schreiben ist überliefert im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, Nachlaß Neumann, Box 4, Mappe 8.

2 Vgl. Protokoll 5. ordentlicher Bundeskongreß, Stuttgart, 7. bis 12. September 1959. Hrsg. vom DGB, Köln 1959.

3 Vgl. Protokoll Stuttgart, S. 334-337.

4 So Fritz Rück (IG Druck und Papier), Protokoll Stuttgart, S. 343.

5 So Paul Übel (IG Bau, Steine, Erden), Protokoll Stuttgart, S. 348.

fach keine echte Diskussion entfachen. Und so war es auch sicher kein Zufall, daß die meisten Anträge zu den ersten Tagesordnungspunkten meist im Sinne der Antragskommission in Bausch und Bogen angenommen und die dazu gestellten Anträge „erledigt“ waren. Und da die meisten Delegierten sicherlich ein Unbehagen über den Verlauf spürten, ermetest Du mit Deiner Rede jenen großen Beifall, allein schon wegen des Tones und der Form, wie Du gesprochen hast.

Was aber war der Inhalt, der Kern Deiner Ausführungen? Mehr Autorität dem DGB, mehr Koordination, harmonischere Zusammenarbeit zwischen den kleinen und den großen Gewerkschaften.⁶ Das sind alles sehr schöne Worte — ein guter Mensch, wer wär's nicht gern, um mit Brecht zu sprechen -, aber ich fürchte sehr, daß Du mit Deiner Diskussionsrede Hoffnungen erweckt hast, die kaum realisierbar sind und die den Keim in sich tragen, neue Enttäuschungen hervorzurufen, ja, die Gegensätze oder Spannungen zwischen dem DGB und den IG's, zwischen den kleinen und den großen Gewerkschaften zu verschärfen.

Du hast ausgeführt, daß die Autorität des Bundesvorstandes seit 10 Jahren von Jahr zu Jahr geringer geworden sei. Das ist unbestreitbar. Die Frage ist nur: Was ist die Ursache hierfür? Du wirst mit mir einer Meinung sein, wenn man nicht ernsthaft nach den wirklichen Gründen sucht, daß dann keine vernünftigen Lösungen gefunden werden können. Und ich meine nun, daß wir von der großen Autorität Hans Böcklers und dem großen Ansehen des DGB zu seinen Zeiten geblendet sind und so fast zwangsläufig die spätere DGB-Führung mit jenen „schönen Zeiten“ vergleichen.

Was war die wirkliche Ursache des Ansehens des DGB bis zum Münchener Kongreß und auch noch kurze Zeit danach? Meiner bescheidenen Ansicht nach lag das daran, daß bis zur Währungsreform die einzelnen Gewerkschaften überhaupt keine echten gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen konnten. Der dekretierte Lohnstopp und die Inflation machten zum Beispiel Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen gegenstandslos. Die Haupt Sorgen der arbeitenden Menschen waren Ernährungsfragen, daß sie ausreichend Kartoffeln, Margarine und Kohlen bekamen, daß die Verkehrsmittel, Gas und Elektrizität nicht nur stundenweise funktionierten, und in vielen großen Betrieben die Abwendung der Demontagen. Mit anderen Worten: Es war keine Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden, sondern eine solche mit den politischen Machthabern, seien es die Besatzungsbehörden, seien es die Länderregierungen, der Wirtschaftsrat etc. Es ging also nicht um die natürlichen Sonderinteressen der

verschiedensten in den Gewerkschaften organisierten Berufsgruppen, sondern um das Gesamtinteresse. Und so war es nur ein Ausdruck dieses Zustandes, daß der Repräsentant der Gesamtinteressen der Gewerkschaften, eben der DGB, der Sprecher und Verhandlungspartner mit den politischen Instanzen war.

Stimmt diese meine Darstellung, dann wird offenkundig, daß wir die heutige Rolle, die der DGB erfüllen kann, nicht an jenen Zeiten messen können. Und noch eines hat eine nicht minder große Bedeutung: Bis zum Münchener DGB-Kongreß und auch noch kurze Zeit danach schien die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Westdeutschland völlig offen zu sein. Die Gewerkschaftsbewegung als demokratischer und antifaschistischer Faktor schien ein entscheidender Träger einer Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu sein. Dementsprechend wurde sie respektiert und genoß Ansehen. Und es ist offensichtlich, daß alle Fragen der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht Sache einer Einzelgewerkschaft sind, sondern ihrer Gesamtvertretung, eben des DGB. Die Konsolidierung der Bundesrepublik auf bürgerlich-restaurativer Basis begrub auch die Hoffnungen der Gewerkschaften und minderte zwangsläufig die Bedeutung des DGB als Motor und Triebkraft einer nun nicht mehr möglichen Neuordnung herab. (Natürlich war das alles, was ich hier aufzuzeichnen versuche, auf dem Münchener Kongreß noch keineswegs erkennbar und auch noch einige Zeit später nicht. Das ändert aber nichts daran, daß die Weichen schon lange neu gestellt waren, wofür die Bundestagswahlen von 1949 ein Signal waren.) Zu diesen objektiven Bedingungen kam natürlich noch die Persönlichkeit eines Hans Böckler hinzu.

Man baute also in München einen DGB auf mit Satzungen und Rechten, die überhaupt nicht mehr erfüllbar waren.

Ich meine nun, daß aus diesen Widersprüchen, die in den so verschiedenen Perioden der ersten Nachkriegsjahre und der heutigen Zeit und dementsprechenden Aufgabenverlagerungen des DGB begründet sind, das Absinken der

⁶ Leber hatte in seinem Diskussionsbeitrag gesagt: „Dieser Deutsche Gewerkschaftsbund und dieser Geschäftsführende Bundesvorstand sind unfähig, eine so konsequente Politik zu machen und einen so klaren Kurs zu steuern, wie wir alle ihn von ihm fordern, solange er nicht über die genügende Autorität verfügt und bei jedem Wort, das er spricht, den Gewerkschaften nach den Augen gucken muß. Die Autorität dieses Deutschen Gewerkschaftsbundes und seines Vorstandes sind seit zehn Jahren von Jahr zu Jahr und von Kongreß zu Kongreß immer mehr abgewertet worden. Das ist in jedem Detail zu spüren, bei jedem politischen Anlaß, den wir haben, und das reicht hinein bis in diesen Kongreß.“ Protokoll Stuttgart, S. 335 f.

Autorität des DGB zu suchen ist. Stimmt das aber, dann haben alle Wehklagen und alles Lamentieren und alle schönen Worte von einem „starken DGB“ keinerlei Sinn.⁷ Worauf es ankäme, wäre im Gegenteil, diese Dinge sehr nüchtern zu betrachten und die unsinnigen und überholten Statuten und Rechte, die dem DGB noch auf dem Münchener Kongreß gegeben wurden, so zu revidieren, wie es der heutigen Zeit entspricht. Es ist doch gewiß kein Zufall, daß zum Beispiel die Grenzstreitigkeiten durch Beschlüsse des Bundesausschusses nicht aus dem Wege geräumt werden können und daß ebensowenig einheitliche Beitrags- und Unterstützungssätze erreichbar sind.

All das wäre gewiß möglich in einem totalitären System, in einer DAF oder einem FDGB, nicht aber in einer freien Gewerkschaftsbewegung, wo die verschiedensten Sonderinteressen der einzelnen Berufe und Branchen nicht mit Gewalt unterdrückt werden können. Das sind doch einfach Schwätzereien! Du weißt es so gut wie ich, daß die Postler, vor die Frage gestellt, höheren Post- und Portogebühren zuzustimmen oder nicht, dafür sind, auch wenn die Allgemeinheit dadurch belastet wird, weil ihnen das als Voraussetzung für eine Lohn- und Gehaltserhöhung erklärt wird; daß die Eisenbahner genauso denken und handeln, ebenso die Landarbeiter bei Landwirtschaftspreisen und so weiter, und so weiter. Ich sage das keineswegs kritisierend oder anklagend, sondern will nur die unterschiedlichen Bedingungen und Verhaltensweisen unter den einzelnen Gewerkschaften aufzeigen. Und was sollen einheitliche Unterstützungssätze eigentlich für einen Sinn haben, wenn, wie wir alle wissen, beispielsweise die Postler und die Eisenbahner und der größte Teil des öffentlichen Dienstes nie oder fast nie zur Waffe des Streiks greifen können?

Aber ich will nicht abschweifen. Zu dem Ballast, den wir noch aus der Zeit bis 1949 herumschleppen, gehören die aufgeblähten organisatorischen Gebilde des DGB. Welche Funktionen haben eigentlich die Landesbezirke und die meisten Orts- und Kreisausschüsse des DGB? Eine eingehende objektive Untersuchung würde ergeben, daß sie meist nur repräsentative Aufgaben „erfüllen“, daß hier mitgeschleppt wird ein Organisationsapparat aus der Zeit, als die Länder noch völlig selbständig waren — kraft des Besatzungsstatuts. Ich will von der Stromstraße⁸ absehen, weil ich den Apparat dort zu wenig kenne, aber ich bin überzeugt, daß mehr als fünfzig Prozent der Landesbezirke und, wie gesagt, der größeren Orts- und Kreisausschüsse des DGB überflüssig sind und abgebaut werden könnten, ohne daß auch nur ein Hahn danach krähen wird. Echte Aufgaben hat der DGB dagegen, so meine ich wenigstens, in den kleinsten und kleinen Ortschaften, wo

der größte Teil der Gewerkschaften unmöglich in der Lage ist, jede für sich einen Verwaltungsapparat aufzubauen, und wo schon die bloße Existenz eines Rechtsschutzsekretärs für alle Gewerkschaften von größtem Nutzen wäre.

Wie sinnlos und widersprüchlich der organisatorische Aufbau des DGB ist, wird die Tatsache veranschaulicht, daß die Orts- und Kreisausschüsse des DGB das Recht haben, Anträge direkt an den DGB-Kongreß zu stellen, obwohl sie keinen einzigen Delegierten zum Kongreß entsenden können. Da die meisten Anträge in der Tat von diesen Kreis- und Ortsausschüssen des DGB gestellt werden, ohne daß sie von den Antragstellern begründet werden können, ergibt sich dieser Zustand, den Du in Deiner Diskussionsrede erwähnt hast, daß über 200 Anträge entschieden wurde, ohne daß es zu irgendeiner Debatte gekommen wäre.⁹ Hinzu kommt, daß diese Orts- und Kreisausschüsse gegenüber den IG's noch bevorzugt werden, weil es innerhalb der IG's Usus ist, daß die Anträge der Ortsverwaltungen beziehungsweise der unteren Gliederungen der IG's nur über deren Hauptvorstand dem Kongreß vorgelegt werden können. Und, um bei den Anträgen zu bleiben und der von Dir beklagten mangelnden Autorität, so möchte ich Dich darauf hinweisen, daß der Bundesvorstand des DGB im klaren Widerspruch zu den Satzungen sich auch da Rechte anmaßt, wie das zum Beispiel beim Vorstand der IG Metall nicht möglich wäre. Du braucht Dir nur den Block mit den Empfehlungen der Antragskommission anzuschauen und ihn zu vergleichen mit dem Block der Anträge an den Kongreß, und Du wirst feststellen, daß eine Reihe von Anträgen von der Antragskommission zurückgewiesen wurde, weil sie nicht fristgerecht eingegangen sind. Die fristgemäßen Anträge sind eben alle in dem grauen Block „Anträge“ enthalten, aber die sogenannten Entschließungen des Bundesvorstandes, die die Grundlage der meisten auf dem Kongreß waren, sind nicht in dem grauen Block „Anträge“, denn sie sind nicht fristgemäß eingegangen. Der Bundesvorstand hat sich halt die „Perlen“ aus der Summe aller Anträge her-

⁷ Hier bezieht sich Neumann auf folgende Formulierung Lebers: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist so stark, wie wir ihn machen. Diesen Satz kann man Wort für Wort unterstreichen. Aber, hebe Kolleginnen und Kollegen, er gilt im Positiven wie im Negativen: Er ist auch so schwach, wie wir ihn machen.“ Protokoll Stuttgart, S. 335.

⁸ Bis in die sechziger Jahre Sitz des DGB-Bundesvorstands in Düsseldorf.

⁹ Leber hatte moniert, man habe „so an die 200 Anträge beschlossen“, aber selbst „bei sehr wichtigen Dingen“ sei es „nicht einmal zu einer Debatte gekommen“. Anträge zur Reform des DGB seien ohne Diskussion dem Bundesvorstand überwiesen worden. Protokoll Stuttgart, S. 334 f.

ausgepickt und nach Ablauf der Antragsfrist sie als eigene Entschlüsse vorgelegt. Das sind alles natürlich Kleinigkeiten und eigentlich nicht der Rede wert. Ich erwähne sie nur, weil sie symptomatisch für einen völlig ungesunden Zustand verschiedener Rechte zwischen dem DGB und den IG's zuungunsten der IG's sind. In diese Kategorie gehört auch der Abstimmungsmodus im Bundesvorstand, wo die neun geschäftsführenden Mitglieder, die keine Mitglieder und keine Gewerkschaft vertreten, und eine Gewerkschaft mit 30 000 Mitgliedern genauso eine Stimme haben wie die Vorsitzenden, die hunderttausende von Mitgliedern vertreten.

Wenn man also schon Fragen der Organisation und der Organisationsstruktur in den Mittelpunkt stellt, dann wäre es meiner Ansicht nach viel angebrachter gewesen, diesen ganzen Komplex aufzugreifen und nüchtern Aufgabe und Struktur des DGB mit den tatsächlichen Gegebenheiten in Einklang zu bringen, statt schöne Reden von „mehr Autorität dem DGB“ zu halten und einem Phantom nachzujagen.

Du hast es Dir wirklich einfach gemacht, indem Du sagtest, der DGB sollte nicht immer bei jedem Wort, das er spricht, den Gewerkschaften nach den Augen gucken müssen. Bist Du Dir eigentlich im klaren, was Du damit gesagt hast? Das bedeutet doch, er soll autoritär schalten und walten und sich nicht nach den Ansichten der angeschlossenen Gewerkschaften richten. So hast Du das nicht gemeint, wirst Du gewiß antworten. Aber die Ursache, die Du nennst, und als eine der Ursachen nennst Du die Konstruktion unserer Satzung, ist meiner bescheidenen Ansicht nach eben grundfalsch. Autorität kann man weder durch Satzung noch durch Kompetenzabtretungen anderer Art erwerben, sondern man hat sie oder man hat sie nicht. Es ist leider nicht so, wie das schöne Sprichwort lautet: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.“

Das Jahr 1933 hat die Kontinuität in der deutschen Gewerkschaftsbewegung unterbrochen, der fürchterliche Aderlaß danach hat das seinige dazu getan, und wir sind arm an Persönlichkeiten. Ich will die Frage nicht individuell stellen und die einzelnen geschäftsführenden Bundesvorstandsmitglieder durchhecheln. Aber Du magst Willi Richter noch so viele Kompetenzen geben, er kann doch nicht über seinen eigenen Schatten springen. Er ist und bleibt ein braver Sozialpolitiker und wird nie auch nur entfernt ein Hans Böckler sein können.¹⁰

Man würde ihm den schlechtesten Dienst erweisen, und er würde die nächsten drei Jahre als Vorsitzender kaum überstehen, wenn er gezwungen wäre, sich einen größeren Anzug anzuziehen. Ich könnte Dir Dutzende von Beispi-

len anführen über schwerste und schwere Ersäumnisse des bisherigen Bundesvorstandes auf den verschiedensten Gebieten, die nichts mit der Satzung, die nichts mit den Kompetenzen zu tun haben, sondern einfach ihre Ursache darin haben, daß dieser Bundesvorstand zum größten Teil aus mehr oder minder braven Gewerkschaftsbeamten zusammengesetzt ist. Es ist doch kein Zufall, daß keiner, der auch nur über ein wenig Format verfügt, in den Bundesvorstand gewählt werden will. Und es ist bezeichnend, daß Kummernuss es wagen konnte, einen völlig unbekanntem Nachwuchs als geschäftsführendes Bundesvorstandsmitglied vorzuschlagen, den die eigene Organisation, die ÖTV, so gering einschätzte, daß sie ihn nicht einmal als Delegierten, ja, nicht einmal als Gastteilnehmer geschickt hatte, er also nicht einmal Gelegenheit gehabt hätte, sich in einer zehnmütigen Diskussionsrede den Delegierten vorzustellen.

Ich erwähnte, daß der Bundesvorstand vieles versäumt hat und daß er vieles besser machen könnte. Und dazu gehört eben tatsächlich die mangelnde Koordinierung der Gewerkschaftspolitik der einzelnen Gewerkschaften. Natürlich kann er nicht in die Details der Tarifpolitik eingreifen. Aber wenn ich so die letzten Kongresse verschiedener Gewerkschaften Revue passieren lasse, so fällt mir auf, daß die eine das dreizehnte Monatsgehalt, die andere die 40-Stunden-Woche, die dritte vier Wochen Urlaub als ihre wichtigste nächste Forderung herausstellte. Hier läge eine echte Führungsaufgabe vor, wenn der DGB auch nur halbwegs auf dem Posten wäre: zu untersuchen und alle Gewerkschaften gegebenenfalls zu einigen, daß in der nächsten Etappe alle eine einzige gemeinsame Forderung aus dem Aktionsprogramm in den Vordergrund der Bemühungen stellen und bewußt andere zurückstellen.¹¹ Mit anderen Worten: Es hieße, das Pferd am Schwänze aufzuzäumen, wollte man die IG's veranlassen, dem lahmen Bundesvorstand Krücken zu leihen, statt daß der Bundesvorstand den angeschlossenen Gewerkschaften hilft, ihnen Anregungen gibt und sie unterstützt. Die angeschlossenen Gewerkschaften können schließlich auch ohne den Bundesvor-

¹⁰ Über Willi Richter liegt eine Biographie vor: Gerhard Beier, Willi Richter - Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978.

¹¹ Auch Leber war mit der Aufgabenwahrnehmung durch den DGB unzufrieden: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund liest manchmal in der Zeitung, welche wichtigen Vorschläge, wichtigen Vorstöße und Unternehmungen die einzelnen Gewerkschaften machen. Wir reden nicht mit unserem Bund über das, was wir tun wollen.“ Aus Lebers Sicht bestand die Gefahr, daß der DGB zu einem „Blitzableiter für die Gewerkschaften“ und zu einer „Attrappe“ abgewertet werde. Protokoll Stuttgart, S. 337.

stand und ohne den DGB existieren, der DGB aber nicht ohne die Gewerkschaften.

Alle Diskussionen über diese Organisationsprobleme und Autorität, Rechte und Satzungen sind doch de facto nichts anderes als eine Flucht aus der Misere, die wir alle empfinden, nämlich die Stärke der Restauration und die Schwächung der Arbeiterbewegung, insbesondere im Vergleich zu den ersten Nachkriegsjahren. Und es ist ein falscher Ansatzpunkt.

Ich will damit nicht leugnen, die Wichtigkeit von Organisationsproblemen und Organisationsformen. Aber diese Probleme hegen nicht in den Kompetenzen zwischen DGB und den Gewerkschaften, sondern es ist ein inneres Problem jeder einzelnen Gewerkschaft, nämlich, wie ist eine größere Anteilnahme, Aktivierung der Mitglieder am inneren Gewerkschaftsleben herbeizuführen, eine echte innere Demokratisierung, eine Überwindung, soweit das mit organisatorisch-technischen Mitteln möglich ist, der Fluktuation und so weiter. Aber diese Probleme werden ja vom DGB kaum angeschnitten, geschweige untersucht oder den angeschlossenen Gewerkschaften Vorschläge unterbreitet.

Lieber Georg, ich komme zum Schluß, sonst wird aus meinem Brief noch eine Broschüre. Da nicht zuletzt durch Deine Diskussionsrede und die Beschlüsse des Kongresses das Organisationsproblem immerhin den Bundesvorstand beschäftigen wird, so würde ich vorschlagen, die Erfahrungen anderer Länder einmal zu untersuchen, und zwar zu untersuchen: Wie wird in anderen Ländern die Tarifpolitik und die Gewerkschaftspolitik gemacht? Welchen Einfluß üben die Dachorganisationen aus, formell und tatsächlich? Worin bestehen die Hauptaufgaben der Dachorganisation in anderen Ländern? Wie weit sind Beschlüsse der Kongresse oder der Vorstände für die angeschlossenen Verbände verbindlich oder Richtschnur und völlig unverbindlich? In welchem Ja und in

welchem Nein? Wie sind die Abstimmungsmodalitäten auf den Kongressen der vergleichbaren Dachorganisationen, wie in den Vorständen und so weiter? Ich will das Ergebnis nicht vorwegnehmen, aber ich bin überzeugt, daß so manche staunen würden über das eigene Schwergewicht der Einzelgewerkschaft. Vielleicht bildet Schweden als einziges Land infolge der besonderen Lage eine Ausnahme. Aber in selbst so wichtigen hochpolitischen Fragen, wie der augenblickliche Besuch von Chruschtschow in den USA, hat sich, wie Du weißt, ein Teil der Gewerkschaften nicht an den Beschluß der Exekutive der AFL/CIO¹² gehalten, mit Chruschtschow nicht zu sprechen. Wenn man den Bogen überspannt, kann er leicht platzen. Man sollte sich nicht Aufgaben zumuten, die man nicht lösen kann. In der gegenwärtigen Periode diesem Bundesvorstand mehr Kompetenzen geben zu wollen, müßte nichts anderes bedeuten, als ihm eine Schein-Autorität zu geben. Das würde möglicherweise tatsächlich dazu führen, daß die IG Metall, die IG Bau und andere Gewerkschaften, die mitunter vorpreschen, es in Zukunft weniger tun, die kleinen Gewerkschaften also nicht mehr über die großen zu meckern hätten, die Führung so mancher Gewerkschaften nicht mehr unter dem Druck ihrer Funktionäre stehen würde: „Warum tun wir nichts?“ Mit anderen Worten, es wäre also eine Nivellierung nach unten, den Schaden hätte die gesamte Bewegung!

Lieber Georg, damit schließe ich. Ich habe nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt und manche Dinge bewußt zugespitzt, weil ja sonst keine echte Diskussion in Gang kommt. Ich nehme an, daß auch Dir mit Deiner Diskussionsrede nichts anderes im Sinn lag, als eben diese Probleme aufzuweisen.

Ich würde mich freuen, von Dir zu hören.

¹² Größter nationaler gewerkschaftlicher Dachverband in den USA.